

Polarisierer und Integrator

Exponent der „Stahlhelmer“ in der Union: Aber Alfred Dregger war mehr als nur der Rechtsaußen.

Von Frank Decker

Wer heutige Studierende der Politikwissenschaft oder Geschichte nach Alfred Dregger fragt, sollte keine Antwort erwarten. Der CDU-Politiker ist weithin in Vergessenheit geraten, obwohl er in den Siebziger- und Achtzigerjahren zu den prägenden Personen der deutschen Politik gehörte. Im Internet und auf Youtube findet sich nur wenig Material über ihn.

Die ältere Generation, die mit seinem Namen noch etwas anzufangen weiß, erinnert sich an Dregger wiederum überwiegend als Reizfigur oder sogar Feindbild, zu dem er als Exponent des rechten Flügels der CDU in den hoch polarisierten Siebzigerjahren fast zwangsläufig avancieren musste. Die Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta und Nils Havemann halten dieses Bild für korrektur- oder zumindest ergänzungsbedürftig.

Dass Dregger aus dem historischen Bewusstsein verschwunden ist, liegt vor allem daran, dass er nie ein Staatsamt bekleidet hat. Beim Versuch, Ministerpräsident in Hessen zu werden, scheiterte er vier Mal, wobei der fast schon sicher geglaubte Sieg im letzten Anlauf 1982 ausgerechnet durch die gleichzeitig stattfindende Wende in Bonn vereitelt wurde. Für Dregger bedeutete das keinen Karriereknick, da sich ihm nun – befreit von

manns Dregger zurecht, den politische Gegner mit gezielter Boshaftigkeit als „Stahlhelmer“ abstempelten. Geprägt wurde es von der Herkunft aus einem stark national geprägten katholischen Elternhaus, Dreggers Zeit als Soldat im Zweiten Weltkrieg, wo er an der Ostfront gekämpft und es zum Hauptmann gebracht hatte, und vom Schicksal seines fünf Jahre jüngeren, im Krieg gefallenen Bruders. Bis zu seinem Lebensende sollte Dregger an der Legende der sauberen Wehrmacht festhalten und für die „Ehre“ der Soldaten eintreten. Seine Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1940 beschwieg er; sie wurde erst nach seinem Tod 2002 publik.

Dreggers nationale Orientierung machte sich vor allem in der Deutschlandpolitik bemerkbar, wo er dem seit den Achtzigerjahren auch in der CDU zunehmend spürbaren Zeitgeist, sich mit der Teilung abzufinden, entschieden entgegentrat, ohne der Notwendigkeit pragmatischer Annäherungsschritte – etwa des 1983 gewährten Milliardenkredits an die DDR – zu widerstreiten. Die Autoren beschreiben Dreggers Gesinnung nicht als „konservativ“ oder gar „nationalkonservativ“, sondern als „nationalliberal“. Das liberale Element entfaltete sich vornehmlich in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, wo Dregger in der Tradition Ludwig Erhards entschieden marktwirtschaftliche Lösungen verfocht. Auf seine Initiative hin wurde der Verstoß der Parteiführung für ein paritätisches Mitbestimmungsgesetz auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971 gekippt. Liberal war Dregger aber auch insofern, als er die Meinung seiner politischen Gegner respektierte und die Spielregeln der Demokratie und des Parlamentarismus selbst dort hochhielt, wo es aus Opportunitätsgründen nicht zwingend geboten war.

Aus Westfalen stammend, hatte der 1920 geborene Dregger erst spät zur Parteipolitik gefunden. Nach Jurastudium in Marburg und Tätigkeiten beim Bundesverband der Deutschen Industrie und Deutschen Städtetag verdankte sich seine Berufung zum Oberbürgermeister in Fulda einer Empfehlung – Dregger selbst hatte nach dem Amt, das er von 1956 bis 1970 bekleiden würde, nicht gedrängt. Erst kurz vor seiner Bewerbung trat er der CDU bei. Die ostthessische Bischofsstadt war für den Katholiken anschlussfähig, auch wenn ihm der Stallgeruch des politischen Katholizismus fehlte. Dregger nutzte seine erfolgreiche kommunalpolitische Tätigkeit als Sprungbrett für die Landespolitik. Die von ihm betriebene Modernisierung des Landesverbandes, der die CDU im „roten Hessen“ zur stärksten Partei machen sollte, nahm die spätere Modernisierung der Bundespartei vorweg. 1972 wurde Dregger zum ersten Mal in den Bundestag gewählt, in dem er bis 1998 insgesamt sieben Legislaturperioden verweilte.

Das Hauptaugenmerk der Darstellung liegt auf der bundespolitischen Tätigkeit und hier vor allem auf dem kommunikativen Wirken Dreggers, das mit „seinem angriffslustigen, aber die Integrität des politischen Gegners achtenden Politikstil einen Kontrapunkt zu konservativer Bedächtigkeit und eingefahrener Honoratiorenpolitik setzte“. Dregger war, darin Helmut Kohl nicht unähnlich, ein Generalist, der sich nicht in Detailfragen verhedderte, sondern seine Debattenbeiträge auf der parlamentarischen Bühne und in den Parteigremien nutzte, um durch die



Kämpfer: So wie hier bei einer Parteitagrede 1978 konnte man Alfred Dregger.

Foto Imago

Wolfram Pyta / Nils Havemann: Alfred Dregger. Zeitpolitiker der Wiedervereinigung und Anwalt des Parlamentarismus. Böhlau Verlag, Berlin / Köln 2023. 582 S., 59,- €.

der hessischen Bürde – mit dem Vorsitz der Bundestagsfraktion ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete. Dregger wäre kaum auf diesen Posten gelangt, wenn er nicht zielstrebig danach gegriffen hätte. Helmut Kohls Wunschkandidat war er jedenfalls nicht. Auch später blieb das Verhältnis der beiden distanziert, erst im Zuge der Wiedervereinigung kam man sich auch persönlich näher. Dregger legte Wert auf die Eigenständigkeit der Fraktion, ohne es an Loyalität gegenüber Kanzler und Regierung fehlen zu lassen. Und in der Fraktion stand er – im Gegensatz zu dem eigenen, nach außen hin kultivierten schneidigen Habitus – für einen kollegialen, kameradschaftlichen Führungsstil, der Diskussion und Widerspruch nicht nur Raum ließ, sondern sie geradezu einforderte. Der Unterschied zu seinem zeitweiligen SPD-Pendant, dem legendären „Zuchtmeister“ Herbert Wehner, könnte nicht größer sein.

Pyta und Havemann rücken auch das öffentliche Bild des rechten Flügel-

Prägung von Begriffen und Diskursen grundsätzliche Themen voranzubringen. In Dreggers Fall waren das neben der deutschen Einigung vor allem die Sicherheitspolitik, wo ihn nach der 1987 vertraglich besiegelten Abrüstung der Mittelstreckenraketen die Sorge trieb, die Bundesrepublik könne vom nuklearen Schutzschirm der USA abgekoppelt werden. Dregger setzte sich deshalb für die Einbeziehung auch der Atomwaffen mit kürzerer Reichweite in die Abrüstungsverhandlungen ein, die Deutschland im Ernstfall zum exklusiven Schlachtfeld eines Atomkriegs gemacht hätten.

Dass Dreggers Fraktionsvorsitz nur wenig später ernsthaft zur Disposition stand, ist vor diesem Hintergrund nicht ohne Ironie, verdankte es sich doch einer politischen Petitesse: der im Rahmen

einer großen Steuerreform auf Drängen von Franz Josef Strauß verabredeten Steuerbefreiung für Flugbenzin. Als die Fraktion dagegen rebellierte, schien es Kohl opportun, die Ablösung Dreggers zu betreiben, der jedoch auf den Rückhalt seiner Kollegen weiter zählen konnte. 1991 erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, war Dregger bereit, das Amt binnen eines Jahres an Wolfgang Schäuble abzugeben. Sein Bemühen um eine Konsenslösung in der Hauptstadtfrage, die der Entscheidung für Berlin den Weg ebnete, stand in dieser Zeit im Vordergrund. Es wird in dem Buch mit bisher nicht gekannten Details rekonstruiert.

Das Aufhören fiel Dregger schwer. Seine Absicht, sich als Direktkandidat für den Bundestag in Fulda erneut aufstellen zu lassen, wurde 1998 von der ört-

lichen CDU-Basis durchkreuzt. Die Autoren bringen dem wenig Verständnis entgegen, so, wie sie umgekehrt manches von dem, was man Dregger vorhalten könnte, entweder in zu mildem Licht darstellen oder übergehen – etwa seine verschwiegene NSDAP-Parteimitgliedschaft oder das Nein zu den Ostverträgen. Das fällt als Makel freilich wenig ins Gewicht, ging es ihnen doch gerade nicht darum, wie bei einer klassischen Biographie annähernde Vollständigkeit anzustreben, sondern das unausgewogene Bild von Dregger, das bis heute in der historisch interessierten Öffentlichkeit besteht, neu zu zeichnen. Das gut geschriebene Buch, das einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichts- und Parlamentsforschung der Bundesrepublik leistet, löst diesen Anspruch ein.

Trotz allem – vereint in der EU

Deutschland und Polen tun sich schwer miteinander. Ein ehemaliger Diplomat hält beiden Seiten den Spiegel vor und mahnt zur Mäßigung.

Von Hermann Wentker

Die Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung befinden sich „heute in der schwersten Krise seit Ende des Kalten Kriegs“. Dieser beunruhigende Befund bildet den Ausgangspunkt von Rolf Nikel, der von 2014 bis 2020 als deutscher Botschafter in Warschau war und sich auf verschiedenen früheren Verwendungen immer wieder mit Ost(mitte)europa befasst hat. Sein Buch enthält keine klassischen Memoiren, sondern eine kluge, historisch sensible politische Analyse der deutsch-polnischen Gegenwart, mit der er zu einem besseren Verständnis Polens beitragen will.

Nachdem mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag vom November 1990 alle Irritationen über den Bestand der polni-

sche Westgrenze ausgeräumt worden waren und der Nachbarschaftsvertrag vom Juni 1991 das Fundament des bilateralen Verhältnisses für die Zeit nach dem Kalten Krieg gelegt hatte, ging es mit den Beziehungen steil bergauf. Getragen wurden sie vor allem von einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, die vom polnischen Wirtschaftswunder und vom EU-Beitritt Polens 2004 profitierten. Hinzu kamen sich stetig verbessernde zivilgesellschaftliche Beziehungen, die unter anderem vom 1991 gegründeten Deutsch-Polnischen Jugendwerk, von Städtepartnerschaften und einem intensiven Kulturaustausch gefördert und von den Kirchen unterstützt wurden.

Einen Rückschlag erhielt die Erfolgsgeschichte mit dem Antritt der PiS-Regierung 2015. Diese betreibt Nikel zufolge unter ihrem Spiritus Rector Jaroslaw Kaczyński eine „konservative Revolution“. Nachdem die PiS zwischen 2005 und 2007 schon einmal eine wenig erfolgreiche Regierung angeführt hatte, geht es ihr nun um einen grundlegenden staatlichen und gesellschaftlichen Umbau, angeblich um den unvollendeten Systemwechsel von 1989/90 zu vollenden. Denn in den 1990er-Jahren hätten Kaczyński zufolge „Wałęsa und Co. die Revolution gestohlen und einer Restaurierung linker Kräfte Vorschub geleistet“. Dazu werden nun der Rechtsstaat demontiert, das staatliche Fernsehen politischer Kontrolle unterworfen, ein Austausch der Eliten in Ver-

waltung und Staatsmedien betrieben und ein Kulturkampf gegen antipolnische Einflüsse geführt.

Unter dieser Entwicklung leiden insbesondere die Beziehungen zu Deutschland und zur EU. Denn anders als ihre Vorgänger, begann die PiS-Regierung deutsch-polnische Meinungsverschiedenheiten ideologisch aufzuladen, hochzustilisieren und innenpolitisch zu instrumentalisieren.



Rolf Nikel: Feinde Fremde Freunde. Polen und die Deutschen. Langen Müller Verlag, München 2023. 288 S., 24,- €.

ren. Besonders die wiederholten, inzwischen sehr konkreten politischen Reparationsforderungen tragen laut Nikel einen klaren politisch-instrumentellen Charakter. In engem Zusammenhang damit steht der Konflikt mit der EU, die für Kaczyński vor allem ein Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen ist.

Seit Beginn des Ukrainekriegs kommt das Scheitern der deutschen Ostpolitik hinzu. Deutschland stehe damit „vor einem der größten außenpolitischen Scherbenhaufen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland“. Nikel sieht ein „systemisches Versagen“ von aufeinander-

folgenden Bundesregierungen, der Wirtschaft und großer Teile der Gesellschaft in der Russlandpolitik, die zu naiv gewesen sei, eine verhängnisvolle Energieabhängigkeit in Kauf genommen und isoliert auf kooperative Sicherheit mit Russland gesetzt habe, ohne gleichzeitig die eigene Verteidigungsfähigkeit zu sichern. Warschau hingegen hat stets vor Russland gewarnt und wirft Berlin Fehlverhalten auch in der Gegenwart vor, da es den Krieg „immer noch durch das Moskauer Prisma“ betrachte und Kiew nur halbherzig unterstütze. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind folglich auch einer erheblichen ostpolitischen Belastungsprobe ausgesetzt, für die Deutschland mitverantwortlich ist.

Nikel sagt einen langjährigen Systemkonflikt mit Russland voraus, der auch die Tektonik der europäisch-atlantischen Ordnung verändern werde. Da Sicherheit vorerst ohne oder sogar gegen Russland organisiert werden müsse, komme Polen als neuem Frontstaat größere militärische und politische Bedeutung zu als bisher. Dessen Sorgen vor einer konventionellen Schwäche der NATO-Ostflanke angesichts der Furcht, das nächste Opfer Russlands zu werden, müssten ernst genommen werden. Insgesamt rücke das Gravitationszentrum der NATO weiter nach Osten. Demgegenüber sei Deutschlands Führungsrolle in Europa angeschlagen – was von Polen, das auf eigenen Machtgewinn hoffe, begrüßt werde.

Gleichwohl mahnt Nikel Warschau zur Mäßigung gegenüber Berlin und Brüssel, da eine einheitliche westliche Linie gegenüber Moskau unverzichtbar sei.

Was hält Deutschland und Polen noch zusammen? Neben funktionierenden wirtschaftlichen Beziehungen ist dies nach wie vor die EU: Denn trotz heftiger Auseinandersetzungen stehe wegen einer mehrheitlich proeuropäischen polnischen öffentlichen Meinung und umfangreicher EU-Finanzzuweisungen kein „Polexit“ bevor. Außerdem verweist Nikel auf eine lange, bis in die 1960er-Jahre reichende Aussöhnungsgeschichte, deren elementarer Bestandteil das Erinnern an die deutschen Verbrechen in Polen nach 1939 ist. Er selbst hat sich sowohl als Botschafter als auch danach durch sein Engagement für einen Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen in Berlin hier große Verdienste erworben.

Für die Zukunft rät er Deutschland zu einer „Strategie des ruhigen konstruktiven Engagements“, ohne sich allerdings in zentralen Fragen wie den Grundwerten der EU auf faule Kompromisse einzulassen. Gerade in der Sicherheitspolitik müsse Deutschland Polen davon überzeugen, „dass die Zeitenwende real ist“. Bei all dem ist er sich freilich im Klaren darüber, dass ohne ein Umdenken auch in Polen die bilateralen Beziehungen nicht aus der Krise herauskommen werden. Sehr viel hängt daher vom Ausgang der Wahlen in Polen im Herbst 2023 ab.

Repression geht weiter

Lange nichts gehört aus Xinjiang: Die Lage der turksprachigen Einwohner ist so schlecht wie eh und je.

Von Julia C. Schneider

Wäre die Frequenz, wie häufig über bestimmte Themen in den Medien berichtet wird, Maßstab dafür, wie aktuell diese sind, scheint Mathias Bölingers Buch fast aus der Zeit gefallen. Berichtet Medien noch bis Sommer 2022 zumindest ab und an über Xinjiang, sucht man heute fast vergeblich nach Informationen, wie sich die Situation uigurischer, kasachischer, kirgisischer, usbekischer und tadschikischer Einwohner der Region entwickelt hat. Das mag daran liegen, dass seit dem Ausbruch der Coronapandemie kaum noch Wissen aus erster Hand nach außen dringt.

In seinem Buch vergegenwärtigt Bölinger die Situation der Menschen in Xinjiang, die dem chinesischen Überwachungs- und Unterdrückungssystem im Alltag und in Zwangslagern ausgesetzt sind. Es ist jedoch mehr als eine weitere wichtige, aber letztlich hilflose Aufzählung der staatlich organisierten Grausamkeiten gegen Uiguren und andere, wie sie schon früher vorgelegt wurden. Stattdessen ist es eine sehr hilfreiche historische Einbettung der aktuellen Ereignisse.

Wenn die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) heute behauptet, Xinjiang gehöre bereits seit mehr als 2000 Jahren zu China, betreibt sie politisch motivierte Geschichtsklitterung. Eine seit Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschende chinesisch-nationalistische Historiographie macht es der KPCh jedoch leicht, dieses Narrativ zu propagieren. Seit Gründung der Volksrepublik 1949 kamen die turksprachigen Einwohner Xinjiangs immer weiter unter Druck, sich der chinesischen Mehrheit anzupassen. Dabei ist wirkliche Assimilation selbst bei perfekter Beherrschung der chinesischen Sprache unmöglich, werden doch Uiguren und andere nichtchinesische Ethnien weiterhin als minderwertig angesehen.

Ausgehend von einem generellen, rassistisch motivierten Überlegenheitsgefühl seitens der Regierung, aber auch der chinesischen Bevölkerung gegenüber Angehörigen nichtchinesischer Minderheiten mündet die Eskalationsspirale über eine immer aggressivere Assimilationspolitik darin, dass der Staat beginnt, „die Gesellschaften, die Kultur, die Identität der muslimischen Türkvolker in Xinjiang zu vernichten“. Wenn der Parteisekretär Xinjiangs, Chen Quanguo, der zusammen mit Zhu Hailun, Sekretär des Parteikomitees für Politik und Justiz Xinjiangs, das Lagersystem geplant und aufgebaut hat, sagt: „Brecht ihre Wurzeln, Ahnenreihen, Verbindungen, brecht ihren Ursprung“, dann ist klar, was das Ziel der Überwachung, Masseninhaftierungen und Folterungen sowie der gewaltsamen Geburtenzermürung und des Kinderentzuges ist, Strategien, die seit 2016 verfolgt werden.

Als die chinesische Regierung merkte, dass sie gegenüber dem – vor allem westlichen – Ausland die Existenz der Lager weder leugnen noch sie erfolgreich als „Ausbildungszentren“ (Chinas Euphemismus für die Lager) verkaufen konnte, benannte sie einige offenbar in Gefängnisse um. Parallel dazu stieg die Anzahl der gerichtlichen Verurteilungen von Uiguren wegen politischer Vergehen stark an. Die Verurteilten waren häufig Lagerinsassen, deren Internierungen damit im Nachhinein legalisiert wurden.

Allerdings wurden auch Chen Quanguo und Zhu Hailun, die Architekten der „uigurischen Katastrophe“, die seit 2021 auf der Sanktionsliste der USA stehen (Zhu auch auf der der EU), aus Xinjiang versetzt. Dennoch gehen die Repressionen weiter. Dies wird sich nur durch andauernde Aufmerksamkeit des Auslands sowie nachhaltigen politischen Druck, auch auf Unternehmen wie VW und BASF, die auf Druck Chinas in Xinjiang investiert haben, um ihr Geschäft nicht zu gefährden, ändern. Lassen Aufmerksamkeit und Druck nach, gibt es für die KPCh keinen Anlass, ihre Strategie in Xinjiang grundlegend zu überdenken.



Mathias Bölinger: Der Hightech-Gulag. Chinas Verbrechen gegen die Uiguren. C.H. Beck Verlag, München, 2023. 256 S., 18,- €.